

KREIS BAD K

Bestätigung vom Ministerium fehlt

KIESGRUBE Rümmelsheimer Bürgerinitiative wartet auf schriftliche Fixierung von Zusagen

RÜMMELSHEIM (wba). Noch keine schriftliche Bestätigung hat die Bürgerinitiative „Lebensraum Untere Nahe“ vom Wirtschaftsministerium über Zusagen bekommen, die Abteilungsleiter Joe Weingarten Mitte Juli auf einer Veranstaltung in Rümmelsheim gemacht hatte (Die AZ berichtete.) Gerhard Stumm von der BI hatte nach der Gesprächsrunde ein Gedächtnisprotokoll nach Mainz geschickt, das aber bisher ohne Antwort blieb.

Gewässerkundler sollte vom Ministerium bezahlt werden

Weingarten hatte zugesichert, dass die Prozesse rund um die mit belastetem Erdreich aufgefüllte Kiesgrube zehn Jahre lang beobachtet werden. Erst dann solle ein Abschlussbetriebsplan aufgestellt werden. Zudem sagte Weingarten zu, dass sich die BI einen Gewässerkundler aussuchen könne, der vom Ministerium bezahlt werde und der Untersuchungen über den Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser anstel-

len soll. Auch dies sei bisher ohne konkrete Antwort geblieben, so Stumm.

Mittlerweile hat der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Billen aus der Eifel eine weitere Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Er will wissen, welche Mengen belastetes Erdreich von 1998 bis 2008 von der Firma Gaul in die Kiesgrube eingebracht wurden und ob dies von den Behörden kontrolliert worden sei. Weiter fragt Billen, ob Gesetzesübertretungen jemals geahndet worden seien.

Billens letzte, aber wichtigste Frage lautet: „Welche Maßnahmen schlägt das Landesamt für Bergbau vor, um das Risiko einer Gefährdung durch Austrag von kontaminiertem Grundwasser für das im Tal liegende Dorf Rümmelsheim zu minimieren oder komplett auszuschließen.“ BI-Sprecher Stumm begrüßt diese Kleine Anfrage aus der Eifel, hofft aber vor allem darauf, dass sich auch die regionalen Abgeordneten endlich des Themas annehmen.